

# Einführung in das Datenschutzrecht

Datenschutz und Informationsfreiheit in  
europäischer Sicht

Von

Prof. Dr. iur. utr. Marie-Theres Tinnefeld  
München

Dr. iur. Eugen Ehmann  
Leitender Regierungsdirektor, Erlangen

Prof. Dr. rer. nat. Rainer W. Gerling  
Datenschutzbeauftragter Max-Planck-Gesellschaft,  
München

4., völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage

R. Oldenbourg Verlag München Wien

## 1. Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b> .....	<b>XIX</b>
<b>I. TEIL: Grundfragen</b> .....	<b>1</b>
<b>1. Technologische Entwicklung - Auswirkung auf menschliches Wissen und Tun</b> .....	<b>1</b>
1.1 Die Informations- und Wissensgesellschaft.....	6
1.2 Freiheit der Information - Zeichen einer offenen Gesellschaft? .....	18
1.3 Chancen und Risiken ausgewählter Technologien .....	30
1.3.1 Internet und Intranets.....	31
1.3.2 Telefonie und E-Mail.....	37
1.3.3 Homepages, Chats, Newsgroups und Mailinglisten .....	41
1.3.4 Suchmaschinen.....	44
1.3.5 Fernwartung und Fernmessen .....	45
1.3.6 Bild-(Video)verarbeitung.....	47
1.3.7 E-Verkehrskontrolle .....	48
1.3.8 E-Commerce .....	49
1.3.9 Datenverarbeitung im Arbeitsleben .....	51
1.3.10 Genomanalysen .....	55
1.3.11 Rasterfahndung .....	60
1.4 Wert der Privatheit im sozialen und kulturellen Kontext.....	63
1.4.1 Gestörte Balance zwischen Öffentlichkeit und Privatheit.....	64
1.4.2 Phänomen der Scham und der Maske .....	66
1.4.3 Geheimnisschutz und Kommunikationsfähigkeit.....	69
1.5 Technologischer Wandel und das Prinzip Verantwortung .....	71
1.5.1 Entscheidungsfindung und Verantwortungsethik .....	72
1.5.2 Verhaltensregeln (codes of conduct) .....	74
<b>2. Abriss der neueren Entwicklung von Datenschutz und Informationsfreiheit</b> .....	<b>75</b>
2.1 Anfänge in den Vereinigten Staaten .....	79
2.2 Situation in Deutschland.....	83

2.2.1	Informationsfreiheit .....	84
2.2.2	Datenschutz .....	87
2.2.3	Datenschutz und Informationszugang bei den Stasi-Akten .....	91
2.2.4	Übersicht: Weltweite legislative Entwicklungen im Bereich Datenschutz und Informationszugang .....	95
<b>3.</b>	<b>Datenschutz in Europa .....</b>	<b>97</b>
3.1	OECD .....	97
3.2	Vereinte Nationen .....	99
3.3	Europarat .....	100
3.3.1	Bedeutung der EMRK .....	100
3.3.2	Datenschutzrelevante Gewährleistungen .....	102
3.4	Europäische Union/Europäische Gemeinschaft .....	105
3.4.1	Reform der EU und datenschutzrelevanter Teil der EU-Grundrechte-Charta .....	109
3.4.2	Struktur der EU und Regelungsinstrumente .....	113
3.4.3	Rechtsgrundlage des EG-Datenschutzes .....	119
3.4.4	Grundsätze der allgemeinen Datenschutzrichtlinie zu Datenexporten .....	123
3.4.5	Verhältnis zwischen allgemeiner Datenschutzrichtlinie und Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation .....	126
3.4.6	Konfliktpunkte beim Datenschutz der elektronischen Kommunikation .....	129
3.4.7	Ausschuss der Regierungsvertreter und Datenschutzgruppe .....	130
3.5	Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (PJZS) .....	131
3.5.1	Überblick .....	131
3.5.2	System der Schengen-Regelungen ("Schengen-Acquis") ..	132
3.5.3	Europol .....	135
<b>4.</b>	<b>Allgemeines Persönlichkeitsrecht und Datenschutz in Deutschland .....</b>	<b>138</b>
4.1	Datenschutz als Recht auf informationelle Selbstbestimmung .....	142
4.1.1	Volkszählungsurteil .....	143
4.1.2	Folgerungen für den Gesetzgeber .....	147

4.2	Ausstrahlung der Grundrechte auf die gesamte Rechtsordnung .....	153
4.3	Kompetenzverteilung in Bund und Ländern .....	156
4.3.1	Verfassungsrechtliche Grundlagen: Datenschutz im Spannungsverhältnis der föderalen Gesetzgebungskompetenzen .....	157
4.3.2	Datenschutz im Spannungsverhältnis der föderalen Gesetzgebungskompetenzen .....	158
4.3.3	Rangverhältnis der nationalen Parlamentsgesetze .....	168
4.3.4	Rangverhältnis des nationalen Rechts zum Gemeinschaftsrecht und (traditionellem) Völkerrecht .....	171
4.4	Ausgestaltung des kirchlichen Datenschutzes .....	175
<b>5.</b>	<b>Datenschutz im weiteren Sinn .....</b>	<b>177</b>
5.1	Geheimhaltungspflichten .....	179
5.1.1	Strafrechtlicher Geheimnisschutz .....	182
5.1.2	Zeugnisverweigerungsrecht und Beschlagnahmeverbot .....	184
5.1.3	Sondergeheimnis und allgemeiner Datenschutz .....	186
5.2	Datenschutzrelevante Beteiligungsrechte des Betriebsrats/ Personalrats .....	194
5.2.1	Beteiligung des Betriebsrats .....	195
5.2.2	Beteiligungsrechte des Personalrats .....	205
5.2.3	Mitbestimmung bei technischen Überwachungseinrichtungen .....	206
5.2.4	Entwurf einer Gesamtbetriebsvereinbarung zur Nutzung von E-Mail und Internet-Diensten .....	222
<b>6.</b>	<b>Rechtsslage bei der Telekommunikation, den Tele- und Mediendiensten .....</b>	<b>233</b>
6.1	Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes .....	233
6.2	Verfassungsrechtliche Garantie des Fernmeldegeheimnisses .....	234
6.3	Gemeinschaftsrechtliche Datenschutzvorgaben für Telekommunikations-, Tele- und Mediendienste .....	235
6.4	Umsetzung der EG-Datenschutzrichtlinie für die elektronische Kommunikation .....	237
6.5	Das Telekommunikationsgesetz (TKG) .....	239
6.6	Datenschutz bei Tele- und Mediendiensten .....	242
6.7	Ausblick auf die künftige Entwicklung und das neue TKG .....	246

<b>II. TEL: Systematik des BDSG</b> .....	<b>249</b>
<b>1. Aufbau des BDSG</b> .....	<b>249</b>
<b>2. Zweck und Anwendungsbereich</b> .....	<b>253</b>
2.1 Zweck .....	255
2.2 Anwendungsvoraussetzungen .....	257
2.2.1 Abgrenzung öffentliche/nicht-öffentliche Stellen .....	258
2.2.2 Öffentliche Stellen .....	260
2.2.3 Nicht-öffentliche Stellen .....	267
2.2.4 Anwendung im öffentlichen Bereich .....	269
2.2.5 Anwendung im nicht-öffentlichen Bereich .....	270
2.3 Subsidiaritätsprinzip im BDSG .....	272
2.4 Grafische Übersicht .....	275
<b>3. Terminologie des BDSG</b> .....	<b>277</b>
3.1 Personenbezogene/personenbezogene sensitive, anonymisierte und pseudonymisierte Daten .....	277
3.1.1 Personenbezogene Daten .....	279
3.1.2 Anonymisierte und pseudonymisierte Daten .....	286
3.2 Automatisierter Datenumgang/nicht-automatisierte Datei .....	290
3.3 Erheben, Verarbeiten und Nutzen .....	295
3.3.1 Erheben .....	295
3.3.2 Verarbeiten – fünf Phasen .....	298
3.3.3 Nutzen .....	305
3.4 Beteiligte Stellen: Verantwortliche Stelle/Empfänger/Dritter .....	306
3.4.1 Verantwortliche Stelle .....	306
3.4.2 Dritter .....	307
3.5 Mobile personenbezogene Speicher und Verarbeitungsmedien .....	310
<b>4. Das Prinzip der Erforderlichkeit – Konkretisierung durch     Datenvermeidung und Datensparsamkeit</b> .....	<b>312</b>
4.1 Positive technische Prävention .....	313
4.2 Inhalt der Regelung in § 3a BDSG .....	313
<b>5. Grundregel</b> .....	<b>315</b>

5.1 Voraussetzungen einer wirksamen Einwilligung .....	318
5.2 Formalmäßige Einwilligung - Angemessenheitskontrolle .....	325
5.3 Rechtsvorschriften als Erlaubnisregelungen .....	329
5.4 Vertrauen durch Selbstregulierung .....	331
<b>6. Grundsatz der Direkterhebung</b> .....	<b>333</b>
6.1 Die Rechtgrundlagen im BDSG .....	334
6.2 Das Gebot der Direkterhebung im Arbeitsverhältnis .....	337
<b>7. Datenschutzrechtlicher Binnen- und Drittländer-Raum</b> .....	<b>343</b>
7.1 Übermittlungen innerhalb des datenschutzrechtlichen Binnenraums .....	345
7.2 Übermittlungen in den Drittländer-Raum .....	346
7.3 Konzernproblematik .....	350
7.4 Übermittlung auf der Basis einer behördlichen Ausnahmege- nehmigung (§ 4c Abs. 2 BDSG) .....	350
7.5 Einordnung der Safe-Harbor-Regelungen .....	352
7.6 Gesamtwürdigung der Regelungen .....	354
<b>8. Grenzen der Überwachung öffentlicher Räume mit optisch-     elektronischen Einrichtungen</b> .....	<b>354</b>
8.1 Gegenstand der Regelung und Verhältnis zu speziellen Vor- schriften, insbesondere zum Recht am eigenen Bild .....	356
8.2 Optisch-elektronische Beobachtung öffentlich zugänglicher Räume .....	359
8.3 Zulässigkeit der Beobachtung und Pflichten des Verantwort- lichen .....	360
8.4 Besonderheiten im Arbeitsbereich .....	369
<b>9. Besondere verfahrensmäßige Vorkehrungen</b> .....	<b>370</b>
9.1 Datengeheimnis .....	370
9.2 Automatisierte Einzelentscheidungen – Verfahrensrechtlicher Rahmen .....	372
9.2.1 Automatisierte Einzelentscheidungen .....	373
9.2.2 Datenschutzrechtlicher Auskunftsanspruch des Betroffenen .....	377
9.3 Transparenzgebot beim Einsatz von Kleinstcomputern (Chipkarten/Smartcards) .....	378

9.3.1	Einsatzarten .....	379
9.3.2	Transparenz der Verarbeitungsprozesse .....	381
9.4	Datensicherung .....	383
9.4.1	Zum Verhältnis von Datenschutz und Datensicherung .....	384
9.4.2	Vorschriften außerhalb des BDSG .....	388
9.4.3	Vorschrift im BDSG .....	388
9.5	Einrichtung automatisierter Abrufverfahren .....	392
9.5.1	Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	392
9.5.2	Besondere Beteiligungs- und Unterrichtsverfahren im öffentlichen Bereich .....	395
9.5.3	Stichprobenkontrolle der Datenübermittler .....	395
9.6	Datenerhebung und -verwendung im Auftrag .....	396
9.6.1	Verantwortung des Auftraggebers .....	399
9.6.2	Pflichten des Auftragnehmers .....	401
9.6.3	Rechtsstellung des Auftragnehmers .....	401
9.7	Datenerhebung, Datenverarbeitung und Datennutzung im Auftrag (Outsourcing) .....	402
9.7.1	Doppelfunktion des § 11 BDSG .....	402
9.7.2	Funktionsübertragung .....	404
9.7.3	Outsourcing .....	406
9.7.4	Verantwortlichkeit des Auftraggebers .....	407
9.7.5	Verantwortlichkeit des Auftragnehmers .....	408
9.7.5	Bereichsspezifische Regelungen und besondere Berufsgeheimnisse .....	409
<b>10. Rechte des Betroffenen und institutionalisierte Kontrollen .....</b>		<b>410</b>
10.1	Rechte des Betroffenen nach der EG-DSRL .....	413
10.1.1	Rechte des Betroffenen nach dem BDSG (Übersicht) .....	415
10.1.2	Anspruch des Betroffenen auf Schadensersatz .....	417
10.2	Unabhängige Kontrolle nach der EG-DSRL .....	422
10.2.1	Kontrollinstanzen nach dem BDSG (Übersicht) .....	425
10.2.2	Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz .....	427
10.2.3	Die Aufsichtsbehörde .....	428
10.3	Selbstkontrolle der verantwortlichen Stellen .....	437
10.3.1	Meldepflichten .....	437
10.3.2	Pflicht zur Vorabkontrolle .....	440

10.3.3	Bestellung des betrieblichen/behördlichen Datenschutzbeauftragten .....	443
10.3.4	Stellung und Aufgaben des bDSB .....	444
10.3.5	Verhältnis zum Betriebsrat/Personalrat .....	452
10.3.6	Datenschutz-Zertifikat, -Gütesiegel, -Audit und -Beauftragter .....	453

## **11. Datenschutz als Wettbewerbsverstoß .....**

**456**

## **III. TEIL: Umgang mit personenbezogenen Daten im öffentlichen Bereich .....**

**461**

### **1. Vielfalt der gesetzlichen Regelungen und ihre Gründe .....**

**461**

1.1	Vielfalt der gesetzlichen Regelungen .....	461
1.2	Gründe für die Vielfalt .....	462
1.2.1	Verpflichtung zu detaillierten gesetzlichen Regelungen .....	462
1.2.2	Gesetzesvorbehalt bei Grundrechtseingriffen ("Eingriffslehre") .....	463
1.2.3	Bedeutung des "Wesentlichkeitsgrundsatzes" .....	469
1.2.4	Verteilung der Gesetzgebungskompetenz zwischen Bund und Ländern .....	472
1.2.5	Verwaltungskompetenz beim Vollzug datenschutzrechtlicher Bestimmungen .....	473

### **2. Umgang mit personenbezogenen Daten bei Bundesbehörden .....**

**475**

2.1	Grundraster der anwendbaren Vorschriften .....	475
2.2	Bereichsspezifische Bundesregelungen .....	475
2.2.1	Regelungen zum Strafprozess und zur Strafverfolgung .....	476
2.2.2	Verfassungsschutz/Nachrichtendienste .....	481

### **3. Umgang mit personenbezogenen Daten bei Landesbehörden .....**

**484**

3.1	Grundraster der anwendbaren Vorschriften .....	484
3.2	Bereichsspezifische Landesregelungen .....	485
3.3	Praktische Anwendung bereichsspezifischer Rechts .....	486
3.3.1	Steuerverwaltung .....	486
3.3.2	Verkehrswesen .....	488

3.3.3	Verfassungsschutz .....	492
<b>4.</b>	<b>Umgang mit personenbezogenen Daten bei kommunalen Körperschaften .....</b>	<b>494</b>
4.1	Struktur und Aufgabenbereiche .....	494
4.2	Maßgebliche Rechtsvorschriften .....	494
4.3	Praktische Anwendung bereichsspezifischen Rechts .....	494
4.3.1	Sozialgeheimnis .....	495
4.3.2	Auskunft beim Einwohnermeldeamt .....	497
4.3.3	Datenschutz im Gemeinderat .....	498
<b>5.</b>	<b>Erhebung von Daten nach dem BDSG durch öffentliche Stellen .....</b>	<b>499</b>
5.1	Erhebung und aufgedrängte Information (Begriffe) .....	499
5.1.1	Fälle .....	499
5.1.2	Rechtliche Einordnung der "aufgedrängten Information" .....	500
5.2	Denkbare Modalitäten der Erhebung .....	501
5.2.1	Drei Gegensatzpaare .....	501
5.2.2	Einsatz besonderer Erhebungsmittel .....	501
5.2.3	Duldungs- und Mitwirkungspflichten .....	502
5.3	Struktur und Einzelbestandteile der BDSG-Regelung .....	503
5.3.1	Struktur und Zusammenspiel von § 4 und § 13 BDSG .....	503
5.3.2	Erläuterung der Einzelbestandteile .....	503
<b>6.</b>	<b>Datenspeicherung, -veränderung und -nutzung nach dem BDSG durch öffentliche Stellen .....</b>	<b>510</b>
6.1	Grundregel .....	510
6.1.1	Grundsatz der Erforderlichkeit .....	511
6.1.2	Grundsatz der Zweckbindung .....	511
6.2	Festlegung des Zwecks .....	511
6.2.1	Zweck bei vorausgegangener Erhebung .....	512
6.2.2	Zweck bei "unmittelbarer Speicherung" .....	513
6.3	Gesetzliche Fiktionen der Zweckwahrung .....	513
6.3.1	Wahrnehmung von Aufsichts- und Kontrollbefugnissen .....	514
6.3.2	Durchführung der Rechnungsprüfung .....	514
6.3.3	Durchführung von Organisationsuntersuchungen .....	515
6.3.4	Verarbeitung oder Nutzung zu Ausbildungs- und Prüfungszwecken .....	515

6.4	Gesetzliche Gründe für eine Durchbrechung der Zweckbindung .....	516
6.4.1	Gesetzliche Regelung oder sonstige Rechtsvorschrift .....	516
6.4.2	Einwilligung des Betroffenen .....	516
6.4.3	Interesse des Betroffenen .....	516
6.4.4	Überprüfung von Angaben des Betroffenen .....	517
6.4.5	Daten aus allgemein zugänglichen Quellen/Daten, bei denen eine Publikationsbefugnis besteht .....	517
6.4.6	Abwehr erheblicher Nachteile für das Gemeinwohl .....	518
6.4.7	Verfolgung von Straftaten und damit zusammenhängende Konstellationen .....	518
6.4.8	Schwerwiegenden Beeinträchtigung privater Rechte .....	519
6.4.9	Durchführung wissenschaftlicher Forschung .....	519
6.5	Besonderheiten für "weitere Daten" aus Akten .....	520
6.5.1	Fehlende Erforderlichkeit der "weiteren Daten" .....	520
6.5.2	Gesetzliche Ausnahmen vom Erforderlichkeitsgrundsatz .....	520
<b>7.</b>	<b>Datenübermittlung durch öffentliche Stellen .....</b>	<b>521</b>
7.1	Grundstruktur der Regelungen .....	521
7.1.1	Unterscheidung nach Empfängerseite .....	521
7.1.2	Einbeziehung öffentlich-rechtlicher Religionsgemeinschaften .....	522
7.1.3	Übermittlung von Daten aus Akten .....	522
7.1.4	Datenweitergabe innerhalb öffentlicher Stellen .....	523
7.2	Datenübermittlung an inländische öffentliche Stellen (§ 15 BDSG) .....	523
7.2.1	Grundregel .....	523
7.2.2	Erforderlichkeit zur Aufgabenerfüllung .....	523
7.2.3	Vorliegen der Voraussetzungen des § 14 .....	524
7.2.4	Sonderregelung für "weitere Daten" aus Akten .....	526
7.2.5	Verantwortung für die Zulässigkeit einer Übermittlung .....	527
7.2.6	Zweckbindung beim Datenempfänger .....	529
7.3	Datenübermittlung an inländische nicht-öffentliche Stellen (§ 16 BDSG) .....	530
7.3.1	Fallkonstellationen im Gesetz .....	530
7.3.2	Verantwortung für die Zulässigkeit der Übermittlung .....	531
7.3.3	Unterrichtung des Betroffenen .....	531
7.3.4	Zweckbindung beim Datenempfänger .....	532

7.4	Datenübermittlung an ausländische Stellen .....	532
7.4.1	Datenschutzrechtlicher Binnenraum .....	532
7.4.2	Sonstiger ausländischer Bereich .....	533
7.5	Verweigerung der Auskunft über einen Informanten öffentlicher Stellen .....	533
<b>IV. TEIL: Umgang mit personenbezogenen Daten im nicht- öffentlichen Bereich .....</b>		<b>539</b>
<b>1. Anwendungsbereich und Zweckbindung .....</b>		<b>540</b>
<b>2. Zulässigkeit der Datenerhebung und -verwendung für eigene Geschäftszwecke .....</b>		<b>543</b>
2.1	Abgrenzung eigene/fremde Zwecke .....	544
2.2	Datenerhebung .....	546
2.3	Datenverarbeitung und -nutzung .....	548
2.3.1	Vertragsverhältnis .....	549
2.3.2	Vertragsähnliches Vertrauensverhältnis .....	557
2.3.3	Interessenabwägung .....	559
2.3.4	Allgemein zugängliche Daten .....	563
2.3.5	Übermittlung und Nutzung in besonderen Fällen .....	566
2.3.6	Widerspruchsrecht des Betroffenen .....	572
2.3.7	Zweckbindung beim Datenempfänger .....	574
<b>3. Zulässigkeit der geschäftsmäßigen Datenerhebung und -verarbeitung zum Zweck der Übermittlung .....</b>		<b>575</b>
3.1	Speicherung oder Veränderung .....	577
3.2	Übermittlung .....	579
<b>4. Zulässigkeit und Verfahren bei der anonymisierten Über- mittlung (§ 30) .....</b>		<b>581</b>
<b>5. Zweckbindungsregel bei der Datenspeicherung zu Datensicherungszwecken (§ 31) .....</b>		<b>583</b>
<b>6. Rechte des Betroffenen und korrespondierende Pflichten der verantwortlichen Stelle .....</b>		<b>585</b>

6.1	Benachrichtigung .....	586
6.2	Auskunft .....	589
6.3	Datenkorrektur .....	595
<b>V. TEIL: Sondervorschriften .....</b>		<b>601</b>
<b>1. Verlängerter Geheimnisschutz bei Berufs- und besonderen Amtsgeheimnissen .....</b>		<b>601</b>
<b>2. Forschungsfreiheit und Datenschutz .....</b>		<b>602</b>
2.1	Einfachgesetzliche Regelungen .....	605
2.2	Institutionelle Einbettung des Datenschutzes im BDSG .....	605
2.2.1	Zulässigkeit der Datenerhebung .....	605
2.2.2	Zugriff auf personenbezogene Daten zu Forschungs- zwecken .....	608
2.2.3	Verwendungskontext .....	609
2.2.4	Anonymisierungspflicht .....	610
2.2.5	Veröffentlichung .....	611
2.2.6	Vertraulichkeitsschutz .....	612
<b>3. Medienfreiheit und Datenschutz .....</b>		<b>613</b>
3.1	Menschenrechtliche Fundierung .....	614
3.2	Einfachgesetzliche Regelungen .....	619
3.2.1	Presseklausel im BDSG .....	620
3.2.2	Struktur und Funktion von Medienarchiven .....	622
3.2.3	Deutsche Welle .....	624
<b>VI. TEIL: Datenschutz und IT-Sicherheit .....</b>		<b>627</b>
<b>1. Aktuelle Entwicklung der EDV .....</b>		<b>627</b>
<b>2. Rechtlich gebotene Sicherheitsmaßnahmen .....</b>		<b>628</b>

<b>3. Informationstechnische Bedrohungen .....</b>	<b>629</b>
3.1 Programmierfehler .....	630
3.2 Offene Konfiguration .....	631
3.3 Funkbasierte Netzwerke .....	632
3.4 Miniaturisierung .....	633
3.5 Malware .....	635
<b>4. IT-Sicherheitskriterien und IT-Sicherheitsmanagement .....</b>	<b>637</b>
<b>5. Gefahren bei der Datenverarbeitung.....</b>	<b>639</b>
<b>6. Vorgehensweise bei einem IT-Sicherheitskonzept.....</b>	<b>641</b>
<b>7. Datenschutzrechtlicher Rahmen.....</b>	<b>641</b>
7.1 Telekommunikation .....	643
7.2 Tele- und Mediendienste .....	644
7.3 BDSG .....	644
<b>8. Geeignete Maßnahmen .....</b>	<b>645</b>
8.1 Allgemeine Ziele der IT-Sicherheit.....	645
8.2 Firewalls .....	647
8.3 Intrusion Detection.....	650
8.4 Verschlüsselung .....	651
8.4.1 Symmetrische Verfahren .....	652
8.4.2 Asymmetrische Verschlüsselungsverfahren.....	653
8.4.3 Digitale Signaturen.....	655
8.4.4 Praktische Verschlüsselung.....	657
8.5 Biometrie .....	657
8.6 Wichtige Kontrollbereiche.....	661

<b>VII. TEIL: Datenschutzkriminalität.....</b>	<b>667</b>
<b>1. Rechtliche Einordnung .....</b>	<b>667</b>
1.1 Inhalt des Begriffs .....	667
1.2 Verhältnis zur Computerkriminalität/Wirtschaftskriminalität.....	667
1.3 Maßgebliche Vorschriften .....	669
1.4 Internationale Wertekonflikte .....	670
<b>2. Deliktshäufigkeit bei Datenschutzstraftaten und alternative Sanktionen.....</b>	<b>671</b>
<b>3. Datenschutz-Ordnungswidrigkeiten.....</b>	<b>673</b>
<b>Anhang 1: Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) .....</b>	<b>675</b>
<b>Anhang 2:Das TKG 04 in Übersicht .....</b>	<b>735</b>
<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>739</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis.....</b>	<b>743</b>
<b>Stichwortverzeichnis .....</b>	<b>755</b>

## Vorwort zur vierten Auflage

Seit der völlig überarbeiteten dritten Auflage der "Einführung in das Datenschutzrecht" sind erst knapp sechs Jahre vergangen. Dennoch sehen wir die Notwendigkeit, das Werk wiederum erheblich zu verändern und zu ergänzen. Die fortschreitende europäische Integration und die rasante Entwicklung neuer Technologien haben dazu geführt, dass die Datenschutzgesetze, insbesondere auch im Telekommunikations- und Medienbereich, umfassend novelliert worden sind. Vor allem aber hat sich gezeigt, dass die technischen Veränderungen und die damit verbundenen Kontrollmöglichkeiten (z.B. Videoüberwachung, biometrische Kontrollverfahren, mobile Patientüberwachung), aber auch der Einsatz technischer Schutzmechanismen zur Stärkung der Eigenverantwortlichkeit des Menschen (Selbstdatenschutz) und der datenschutzfreundlichen Sicherheitsvorkehrungen in staatlichen und wirtschaftlichen Einrichtungen (Systemdatenschutz) erheblich an Bedeutung gewonnen haben. Der Datenschutzbeauftragte der Max-Planck-Gesellschaft, Rainer W. Gerling, hat das langjährige Autorenteam Marie-Theres Tinnefeld/Eugen Ehmann in diesen und anderen Fragen intensiv beraten. Seine ständige Unterstützung und sein praxisbezogener Input (z.B. bei Anwendungen der Mobilkommunikation) waren außerordentlich wichtig.

Das Werk versucht, mit wissenschaftlicher Gründlichkeit, jedoch auch praxisbezogen die neuen informationellen Strukturen in den europäischen Staaten und der Unternehmenswelt sowie deren Auswirkungen auf den Datenschutz und die Informationsfreiheit, auf die IT-Sicherheit und das relevante Strafrecht darzustellen. Es bemüht sich gleichzeitig, den rechtskulturellen Kontext in verschiedenen Ländern einzubeziehen. In diesem Zusammenhang wird die Bedeutung selbstregulativer Elemente, insbesondere im internationalem Datentransfer (z.B. im Verhältnis zu den USA) konkretisiert. Die neuen europäischen Strukturen, die zentrale Bedeutung des datenschutzrelevanten Rechts des Europarats und der Europäischen Union spielen auch hier eine wichtige Rolle. Das nationale deutsche Recht wird jeweils im Spiegel des europäischen Rechts anhand praktischer Fälle erläutert.

Die Grundrechte auf Datenschutz und Informationsfreiheit schaffen Bedingungen für die Autonomie des Einzelnen und für freie Kommuni-

kations- und Kooperationsverhältnisse, die gleichzeitig Voraussetzung einer offenen, lebendigen nationalen und europäischen Demokratie sind. Die veränderte Sicherheitslage seit dem 11. September 2001 hat es notwendig gemacht, unter anderem auch Fragen der Sicherheitsüberprüfung, der Rasterfahndung oder biometrischer Grenzkontrollen intensiver zu behandeln.

Die gewandelte rechtliche und technische Lage sowie die Fülle der aktuellen Probleme haben das Buch wesentlich umfangreicher werden lassen. Wir meinen, dies in Kauf nehmen zu müssen, um ausreichende Orientierung zu bieten. Nur so kann das Werk möglichst viele praktisch relevante Fragen eines effektiven betrieblichen und behördlichen Rechtsschutzes beantworten. Die umfangreiche Literatur wird in Auswahl in den Fußnoten zitiert. Die benutzten Kommentare und Handbücher wurden in ein gesondertes Literaturverzeichnis aufgenommen.

Wir möchten allen danken, die uns bei der Arbeit unterstützt haben. Frau Dipl.- Informatikerin Hedwig Brobeil hat im Auftrag des Verlags das Buch gesetzt. Wir danken ihr für die grafische Gestaltung der zahlreichen Schaubilder und ihre nie erlahmende Geduld, die verschiedenen Fassungen, die durch die sich stetig ändernde Weltlage und Gesetzgebung notwendig wurden, immer wieder einzupassen. Herzlich dankbar sind wir auch Herrn Prof. Dr. Dr. Hubert Kaufhold für die sorgfältige und anregende Durchsicht des I., II., IV. und V. Teils sowie Herrn Prof. Dr. Klaus Köhler für die redaktionelle Bearbeitung des VI. Teils. Besonderen Dank schulden wir auch dem Cheflektor des Verlags, Herrn Dipl. Volkswirt Martin Weigert, der die Herausgabe der Neuauflage mit Rat und Verständnis begleitet hat.

Marie-Theres Tinnefeld  
Eugen Ehmann  
Rainer W. Gerling